

Am 23. Februar:  
beide Stimmen für die AfD!



**MATTHIAS**

**MOOSDORF**

Für Wahlkreis Zwickau

**ZEIT FÜR  
DEUTSCHLAND.**

**AfD**





Der Krieg in der Ukraine hat Schätzungen zufolge bislang mehr als eine Million gefallene und verwundete Soldaten sowie ca. 10.000 Zivilisten das Leben gekostet. Über zehn Millionen Ukrainer sind seit dem Beginn des Konflikts auf der Flucht, 6,7 Millionen davon im Ausland. Allein in Deutschland fanden seit dem 24. Februar 2022 ca. 1,3 Millionen Ukrainer Zuflucht.

Nach fast drei Jahren Krieg ist die Bevölkerung empfindlich geschrumpft und das Land schwer zerstört. Die Kosten für den Wiederaufbau belaufen sich mittlerweile auf geschätzte 500 Milliarden US-Dollar. Nach Angaben der Bundesregierung kostete der Konflikt die Steuerzahler in Deutschland bislang ca. 37 Milliarden Euro, die für Waffenlieferungen und die Aufnahme von Flüchtlingen ausgegeben wurden.

Verursacht hat den Krieg der Wegfall des einstmals von Europäern und Russen anerkannten Systems kollektiver Sicherheit in Europa zu Gunsten der NATO- und EU-Erweiterungspolitik, gebracht hat er, außer Tod und Zerstörung, nichts.

## Wir werden:

→ **Waffenlieferungen an die Ukraine sofort einstellen**, zusammen mit anderen Partnern auf diplomatischen Weg ein Ende der Kämpfe herbeiführen und Russland und die Ukraine zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen einladen;

→ mit den anderen europäischen Ländern und Russland ein System der kollektiven **Sicherheit in Europa schaffen**, das die Interessen der europäischen Länder sowie die Russlands respektiert und als Vorwarn- und Konfliktlösungssystem in einem fungiert;

→ mit den in der NATO organisierten europäischen Ländern mittel- und langfristig eine **europäische Verteidigungsstrategie entwickeln**, die in der Lage ist, die Sicherheit Deutschlands und der anderen europäischen Staaten ohne die Hilfe der Amerikaner zu garantieren.

„Europa bedeutet im KSZE-Verständnis von Vancouver bis Wladiwostok. **Russland gehört zu Europa**, man sollte es deshalb auch nicht aus Europa ausschließen.“

– Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister a.D., 15. Juli 2015





Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach hat die „gefühlte Meinungsfreiheit“ in Deutschland den tiefsten Stand seit den 1950er Jahren erreicht. 44 Prozent der Befragten sind demnach der Ansicht, dass sie mit Meinungsäußerungen vorsichtig sein müssen. Nur 40 Prozent gaben an, sie könnten ihre politische Meinung frei äußern.

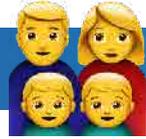
Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz des damaligen Justizministers Heiko Maas (SPD) begann 2017 die Zensur im Internet. Inzwischen gibt es in einem Land, das die Gestapo und die Stasi hervorgebracht hat, anonyme Meldestellen und sogenannte „Trusted Flagger“, die das Netz nach angeblichem „Hasspostings“ durchsuchen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erfand das Delikt der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ (in der DDR hieß es „Staatsfeindliche Hetze“).

Regelmäßig finden Hausdurchsuchungen wegen „Hasspostings“ statt. Obwohl es für ehrverletzende verbale Äußerungen in Deutschland Straftatbestände wie Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung gibt, setzt die Regierung Methoden zur Unterdrückung der freien Rede ein, die jeder rechtsstaatlichen Praxis widersprechen.

## Wir werden:

- keine Hausdurchsuchungen wegen „Hass und Hetze“ mehr zulassen;
- das **Netzwerkdurchsetzungsgesetz abschaffen** sowie Meldestellen, „Trusted Flagger“ und ähnliche Spitzeldienstleister auflösen;
- den demokratiewidrigen **„Kampf gegen Rechts“ beenden**, in den seit 2001 etwa 1,5 Milliarden Euro Steuergeld geflossen sind;
- die im Artikel 5 Grundgesetz garantierte **Meinungsfreiheit wieder herstellen**.

## 3 Zeit für Familie



Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Für Familienplanung kann nach unserem Verständnis von Demokratie der Staat keine Vorgaben machen. Er kann jedoch ökonomische Rahmenbedingungen schaffen, die es Eltern erlauben, jenseits von finanziellen Überlegungen ihren Kinderwunsch zu realisieren. Kindern muss ein Umfeld ermöglicht werden, in dem sie unbeschwert aufwachsen können.

Die Anerkennung der Lebensleistung ist ebenso unser Anliegen wie die Möglichkeit einer individuellen Entscheidung zum Renteneintritt. Notwendig sind Reformen, die die drohende Altersarmut abwenden und das Rentensystem für die junge Bevölkerung bezahlbar halten. Die Effizienz unseres Gesundheitssystems muss neu bewertet und am Wohl des Menschen orientiert werden.



### Wir werden:

- **20.000 Euro pro Kind** als Erstattung auf entrichtete Rentenbeiträge und einen „Ehe-Start-Kredit“ sowie eine nach der Kinderzahl gestaffelte Lohnsubvention beim Wiedereinstieg in den Beruf nach der Babypause für deutsche Staatsbürger einführen;
- den **Kinderfreibetrag anheben** und steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben durchsetzen;
- drei Jahre **Betreuungsgeld für Eltern** oder Großeltern als Lohnersatz einführen;
- die umlagefinanzierte **Rente stärken** und dafür Sorge tragen, dass Wehrdienstleistende Rentenpunkte angerechnet bekommen;
- häusliche Pflege honorieren und eine **angemessene Entlohnung von Pflegekräften** sicherstellen.

## 4 Zeit für bezahlbare Energie



Die sogenannte „Energiewende“, im Jahr 2000 im Bundestag von den Altparteien auf Initiative der Grünen beschlossen und mit Steuermitteln subventioniert, kostete seither jeden deutschen Haushalt ungefähr 1.200 Euro im Jahr zusätzlich zu den direkten Energiekosten.

Mittlerweile zählen die Strompreise in Deutschland mit durchschnittlich 45,19 ct/kWh zu den höchsten in der Welt: Sie sind damit doppelt so hoch als in Frankreich und um drei Viertel höher als in den USA.

Aufgrund der hohen Energiekosten gibt es so viele Firmenpleiten in Deutschland wie seit Jahrzehnten nicht. Allein im ersten Halbjahr 2024 mussten wegen der hohen Strompreise in Deutschland 41 Prozent mehr mittelständische Unternehmen Insolvenz anmelden als 2023. Ein Ende dieser Entwicklung ist mit einer Altparteienregierung nicht abzusehen: So sagen Analysten einen Pleiterekord in Deutschland für das Jahr 2025 voraus – nicht zuletzt aufgrund der hohen Energiekosten.

### Wir werden:

→ die sogenannte Energiewende komplett beenden, die Nord-Stream-Leitungen reparieren lassen und wieder in Betrieb nehmen sowie alle funktionsfähigen **Kernkraftwerke reaktivieren** und langfristig neue bauen;

→ für Technologieoffenheit sorgen und Subventionen nicht-fossiler Technologien sowie **Verbote fossiler Technologien abschaffen**;

→ langfristig **für niedrigere Energiepreise sorgen**, indem wir das Angebot ausweiten, die CO<sub>2</sub>-Abgabe ersatzlos streichen und die Energiesteuer senken.



Die Automobilindustrie ist das Herzstück der deutschen Wirtschaft. Staatliche Vorgaben führen immer zum wirtschaftlichen Niedergang. Die grüne Verkehrswende ist gescheitert. Wir setzen uns für gute Facharbeiterlöhne ein; es müssen allerdings Automobile hergestellt werden, die die Menschen auch kaufen.

Der Arbeitsplatzabbau in deutschen Unternehmen ist alarmierend. Namhafte Firmen wie die Deutsche Bahn (30.000), der Getriebehersteller ZF (14.000), Continental (13.000), Thyssen-Krupp (11.000) und VW (10.040) bauen Stellen ab. Auch bei SAP, Audi und Bosch wurden umfangreiche Kürzungen bekannt. Das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn auch tausende Mittelständler reduzieren derzeit ihr Personal.

Nicht nur Volkswagen steckt in der Krise, die deutschen Autobauer zusammen haben im vergangenen Jahr 25 Milliarden Euro Jahresumsatz verloren.

Anders als die Grünen behaupten, ist der hohe Stand des DAX kein Zeichen für einen Boom in Deutschland, denn die DAX-Unternehmen erwirtschaften über 80 Prozent ihrer Gewinne inzwischen im Ausland.

### **Wir werden:**

→ unser Land aus der Rezession holen und die Deindustrialisierung stoppen, indem wir vor allem **für niedrigere Energiepreise sorgen**;

→ **die sogenannte Verkehrswende beenden**. Wir streben keine Umerziehung der Bevölkerung an und wollen die Freiheit der Wahl des Transportmittels nicht einschränken. Ein Verbrennungsmotorenverbot auf EU-Ebene werden wir rückgängig machen;

→ die Staatsausgaben in den Bereichen Migration, Klima- und Entwicklungspolitik drastisch senken und stattdessen **in die Infrastruktur investieren**.





Seit Merkels Grenzöffnung 2015 stellten in Deutschland drei Millionen Menschen Anträge auf Asyl. Fast alle diese Menschen genießen laut Grundgesetz kein Recht auf Asyl bei uns.

Allein im Jahr 2023 stellten 329.120 Ausländer einen Asylersantrag – das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl der Stadt Bonn. Nur 16 Prozent der Antragsteller wurden als Flüchtlinge anerkannt. 2024: bislang 13 Prozent.

Zwischen Januar und September 2024 scheiterten von 38.328 geplanten Abschiebungen 23.610. Im Jahr 2023 führte die Bundespolizei von 47.760 geplanten Abschiebungen 31.330 nicht durch.

Deutsche fallen weit häufiger Straftaten von Zuwanderern zum Opfer als umgekehrt. Bei Sexualdelikten wurden im vergangenen Jahr 4.131 deutsche Staatsbürger Opfer von Zuwanderern, aber nur 278 Zuwanderer Opfer von Deutschen. Bei Körperverletzung wurden 18.992 Deutsche Opfer von Zuwanderern gegenüber 716 Opfern unter Zuwanderern.



### Wir werden:

→ illegale Zuwanderung durch effektiven Grenzschutz verhindern und alle illegalen oder straffällig gewordenen Migranten **konsequent abschieben**;

→ die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme unterbinden, indem wir für Flüchtlinge und Migranten **Sach- statt Geldleistungen einführen**;

→ ein **Einbürgerungsrecht in deutschem Interesse schaffen** und Einbürgerungen an hohe Hürden binden.

# Matthias Moosdorf,

Am 23. Februar:  
beide Stimmen für die AfD!



## Mitglied des Deutschen Bundestages

---

### Dein Euro für Deutschland:



Konto: AfD Kreisverband Zwickau  
IBAN: DE04 8709 6214 0321 0650 90  
Verwendungszweck: Wahlkampf

---

### Folgen Sie mir im Internet und auf allen Social Media Kanälen:

Web: [www.moosdorf21.de](http://www.moosdorf21.de)

Telegram: @moosdorfmdb  
YouTube: @mdbmatthiasmoosdorf  
Twitter: @moosdorfmdb  
Facebook: Prof. Matthias Moosdorf  
Instagram: @matthiasmoosdorf